

Beiträge zur Politischen Wissenschaft

Band 3

Wertrelativismus und
Wertbestimmtheit im Kampf
um die Weimarer Demokratie

Von

Dr. Wolfram Bauer



DUNCKER & HUMBLLOT / BERLIN

WOLFRAM BAUER

**Wertrelativismus und Wertbestimmtheit
im Kampf um die Weimarer Demokratie**

Beiträge zur Politischen Wissenschaft

Band 3

Wertrelativismus und Wertbestimmtheit im Kampf um die Weimarer Demokratie

Zur Politologie des Methodenstreites
der Staatsrechtslehrer

Von

Dr. Wolfram Bauer



DUNCKER & HUMBLOT / BERLIN

Gedruckt mit Unterstützung der Stiftung Volkswagenwerk

Alle Rechte vorbehalten

© 1968 Duncker & Humblot, Berlin 41

Gedruckt 1968 bei Berliner Buchdruckerei Union GmbH., Berlin 61

Printed in Germany

D 188

Vorwort

Das Vorhaben, den großen Methodenstreit der Staatsrechtslehrer in der ersten deutschen Republik unter dem Aspekt einer politologischen Demokratieanalyse zu untersuchen, wurde in der neueren Literatur bisher nur sporadisch in Angriff genommen. Mit weiterem Abstand von den Weimarer Jahren rückt neben die historische Forschung die wissenschaftstheoretische Erhellung jenes gescheiterten demokratischen Experimentes mehr und mehr in den Vordergrund.

Ähnlich wie vor vier Jahrzehnten stellen in jüngster Zeit wiederum die deutschen Universitäten das Kampfforum der akademischen Jugend dar. Niemand wird daran vorbeisehen können, daß sich bei aller Anerkennung einer für jedes demokratische Gemeinwesen notwendigen geistigen Unruhe auch ein breit angelegtes Ringen um Regierungssystem und Rechtsordnung abzeichnet, das die „Grundprinzipien“ der Demokratie in Frage zu stellen droht. Der Kampf gegen das Weimarer „System“ und die von radikalen Oppositionsgruppen propagierte Bekämpfung grundgesetzlicher „Institutionen“ sind korrespondierende Erscheinungen. Mangelndes Vertrauen in den parlamentarischen Staat einerseits und gläubiges Vertrauen in einen „wahren“ Volksstaat andererseits bilden den Rahmen des hybridischen deutschen Demokratiebildes.

Nicht zuletzt aus diesem Grunde ist es für den Politologen besonders reizvoll, seine Studie über „Wertrelativismus und Wertbestimmtheit im Kampf um die Weimarer Demokratie“ in einem Augenblick zu veröffentlichen, in dem die weitere Entwicklung der neuen Auseinandersetzung noch im Ungewissen liegt.

Die vorliegende Arbeit wurde im Sommersemester 1967 als Dissertation von der Philosophischen Fakultät der Freien Universität Berlin angenommen. Die Pflicht, nach mehreren Seiten hin meine Danksagung auszudrücken, erfülle ich mit Freude.

An erster Stelle nenne ich denjenigen, der als akademischer Lehrer mein Denken am stärksten beeinflußt hat: Professor Dr. Ernst Fraenkel. Nicht nur ließ er mir alle Freiheit bei der Durchführung der Arbeit, sondern als Doktorvater betreute er durch wertvolle Anregungen den Fortgang meiner Bemühungen. Ich glaube, ihm am ehesten dadurch danken zu können, daß ich seinen Beitrag zur politologischen Systematisierung, Begriffs- und Methodenlehre im Vergleich mit den von

mir untersuchten Theoretikern weiterführend zu interpretieren versuchte. Sein wissenschaftliches Werk und seine Demokratietheorie bilden das Gerüst, ohne das die vorgelegten Ergebnisse nicht erzielt worden wären.

Ferner möchte ich meinen herzlichen Dank denen aussprechen, die mir durch Lehrveranstaltungen oder persönliches Gespräch Hinweise gaben: Die Professoren Dr. Roman Herzog, Korreferent meiner Arbeit, Otto Heinrich v. d. Gablentz, Georg Kotowski, Peter Christian Ludz, Kurt Sontheimer sowie die Verstorbenen, der Direktor der vorm. Deutschen Hochschule für Politik und Regierender Bürgermeister von Berlin, Professor Dr. Otto Suhr und der Senatsdirigent Dr. Heinz Kreuzer.

Der Stiftung Mitbestimmung fühle ich mich für die finanzielle Förderung meiner Studien und einen mir gewährten Druckkostenzuschuß aus den Mitteln der Stiftung Volkswagenwerk verpflichtet. Nicht zuletzt bin ich dem Inhaber des Verlages Duncker & Humblot, Herrn Dr. Johannes Broermann, für das Entgegenkommen bei der Drucklegung verbunden.

Berlin, im Februar 1968

Wolfram Bauer

Inhaltsverzeichnis

Einleitung: Die Entfaltung des Problems	11
--	----

Erster Teil

Die deutsche Sonderentwicklung seit Kant und die Weimarer Reichsverfassung

1. Macht und Moral im 19. Jahrhundert	25
2. Juristischer Positivismus und philosophischer Relativismus	43
3. Der Weimarer Verfassungskompromiß und das Wertproblem	54

Zweiter Teil

Der Wertrelativismus der Neukantianer

I. Abschnitt: Die südwestdeutsche Schule	67
1. Georg Jellinek	67
2. Max Weber	69
3. Gustav Radbruch	73
II. Abschnitt: Hans Kelsen	79
1. Vorbemerkung	79
2. Von Kant zum Neukantianismus	81
3. Wertfreiheit als Ideologiekritik	83
4. Systemeinheit und Systemreinheit	94
5. Die Rechtspositivität und das Sein	101
6. Die Identität von Recht und Staat und die Weltgemeinschaft	106
7. Die Verfassungsordnung und ihre materielle Öffnung	114
8. Demokratie und Autokratie	122
9. Reine Rechtslehre und Wissenssoziologie	129

Dritter Teil

Die Wiederbelebung der Entwicklungsidee durch die konservative Revolution

1. Die Auflehnung gegen die Kompromißverfassung	133
2. Die Wendung der Philosophie und die Staatsrechtslehre	146

*Vierter Teil***Die Wertbestimmtheit der Neuhegelianer**

I. Abschnitt: Erich Kaufmann	160
1. Vorbemerkung	160
2. Die staats- und rechtstheoretischen Grundlagen	161
3. Deutsches Machtstaatsdogma und westliche Gesellschaftsidee	168
4. Die Ideen von 1914 im Spiegel des Staatsrechts	176
5. Vom Bekenntnis zur Republik zur Skepsis gegen die artfremde Rezeption	185
6. Dolchstoßmythos und Kriegsschuldausschuß	199
7. Die polemische Kritik des Rationalismus und Relativismus	206
8. Das Naturrecht als ständestaatliche Ideologie	216
9. Gleichheit und Gerechtigkeit	224
10. Richterliches Prüfungsrecht und Judicial Review	233
11. Die Institutionenlehre als Wesensrecht	243
12. Das deutsche Volk und der Staat	251
II. Abschnitt: Rudolf Smend	262
1. Vorbemerkung	262
2. Vorstufen der Integrationslehre und der Einfluß Theodor Litts ..	264
3. Die Theorie der Integration	271
4. Rousseaus Gemeinwille und der Massenstaat	279
5. Die Verfassungswandlung	285
6. Parlamentarismus und Demokratie	291
7. Rechtsstaat und Gewaltenkonzentration	298
8. Exkurs: Der Artikel 48 im Interpretationswandel	305
9. Zur Integrationstendenz der Grundrechtskonzeption	310
10. Die autoritäre Staatsintegration	321
11. Die faschistische Volksintegration	329
12. Die Integrierung der Integrationen in der Revolution von rechts	338
Zwischenbemerkung	348

*Fünfter Teil***Die Rückkehr zur Politologie bei Hermann Heller**

1. Vorbemerkung	349
2. Zur Kritik des bisherigen Staatsrechts und der Staatslehre	351
3. Die Ausgangsposition bei Hegel und im Sozialismus	356
4. Vom bürgerlichen zum sozialen Rechtsstaat	359
5. Die neue Methode	363

Inhaltsverzeichnis

9

6. Die Souveränität und das Gesetz	368
7. Die Gesellschaft als autonomes Entscheidungssubstrat	376
8. Der Staat als zentrale Entscheidungsorganisation	383
9. Das Recht als sozial-ideelles Entscheidungsregulativ	390
10. Die Verfassung als institutionelle Entscheidungsordnung	400
11. Die pluralistische Demokratie als repräsentatives Entscheidungssystem	407
12. Staatslehre als Politologie und Entscheidungswissenschaft	417
Ergebnisse und Folgerungen	427
Literaturverzeichnis	439

Abkürzungen

AÖR	= Archiv des Öffentlichen Rechts
ARSPh	= Archiv für Rechts- und Sozialphilosophie
ARWPh	= Archiv für Rechts- und Wirtschaftsphilosophie
ASWSP	= Archiv für Sozialwissenschaften und Sozialpolitik
Bd.	= Band
BIDPh	= Blätter für deutsche Philosophie
GMH	= Gewerkschaftliche Monatshefte
HBSW	= Handwörterbuch der Sozialwissenschaften
HDStR	= Handbuch des Deutschen Staatsrechts
HWStW	= Handwörterbuch der Staatswissenschaften
HZ	= Historische Zeitschrift
Jg.	= Jahrgang
JÖR	= Jahrbuch des Öffentlichen Rechts
JW	= Juristische Wochenschrift
NF	= Neue Folge
PVS	= Politische Vierteljahresschrift
VHZ	= Vierteljahresshefte für Zeitgeschichte
VVDStL	= Veröffentlichungen der Vereinigung der Deutschen Staatsrechtslehrer
WRV	= Weimarer Reichsverfassung
ZfP	= Zeitschrift für Politik
ZÖR	= Zeitschrift für Öffentliches Recht
ZStW	= Zeitschrift für die gesamte Staatswissenschaft

Einleitung: Die Entfaltung des Problems

Das Bekenntnis der Bundesrepublik Deutschland zur gemeinsamen Tradition der westlichen Demokratien und die Wiedereinführung der Wissenschaft von der Politik als Lehrgebiet an deutschen Universitäten nach dem zweiten Weltkrieg stehen nicht zufällig in einem inneren Zusammenhang. Vor allem anderen sind es spezifische Wertvorstellungen, welche jenes Demokratiemodell kennzeichnen und dieser Wissenschaft zugrunde liegen. Denn sowohl für die politische Ordnung unseres Gemeinwesens als auch für dessen politologische Durchdringung bedeutet das Wertproblem ein konstitutives Element.

Anhand der Sicherstellung dieser Wissenschaftslage bemüht sich der Politologe um die kritische Analyse aller „Faktoren der politischen Entscheidung“¹. Dieser Titel der Festgabe für Ernst Fraenkel stößt auf die Kernfrage der Politologie, welche davon ausgeht, daß die Entscheidung in der Politik auf einer Komplexion vielfältiger Einflüsse beruht. Fraenkel selber schreibt über die Notwendigkeit der gegenständlichen Kohärenz: „Die Politikwissenschaft ist nicht nur eine Sozial-, sondern auch eine Moralwissenschaft“, denn „nur, wenn wir integralwissenschaftlich zu denken vermögen, nur aus einer Verknüpfung empirischer und normativer Forschungsmethoden eröffnet sich uns ein umfassender Zugang zum Verständnis der Theorie und der Praxis der Politik“². Dabei gelte es, „die Wertvorstellungen und Sozialanschauungen aufzudecken, durch die das Handeln der Träger politischer Machtausübung motiviert wird“³.

Arnold Bergsträsser resumiert: „wer entscheidet, und wie entschieden wird, diese Frage nach Willensbildung, Willensausübung und Willensfolgen bildet eines der analytischen Zentralprobleme des wissenschaftlichen Denkens über Politik“ als „von dem, was ist, von dem, was

¹ Faktoren der politischen Entscheidung, Festgabe für Ernst Fraenkel zum 65. Geburtstag, hrsg. von Gerhard .A. Ritter und Gilbert Ziebura, Berlin 1963.

² *Fraenkel*, Die Wissenschaft von der Politik und die Gesellschaft, in: Die Wissenschaften und die Gesellschaft, Abendvorträge der Freien Universität Berlin im Winter 1962/63, Berlin 1963, S. 89 ff., 92, 104. Derselbe: Öffentliche Meinung und internationale Politik, Reihe Recht und Staat, Nr. 255/56, Tübingen 1962, S. 8.

³ *Fraenkel*, Das amerikanische Regierungssystem, Köln/Opladen 1960, S. 14.

möglich ist, und von dem, was sein soll⁴.“ Entsprechende Auffassungen anderer Vertreter der deutschen Politologie zum Gegenstand und zur synoptischen Methode unserer Wissenschaft zielen übereinstimmend in die gleiche Richtung.

Die Universitäten der Weimarer Republik besaßen keine Lehrstühle für diese Integralwissenschaft im Gegensatz zu den Staaten der westlichen Demokratien. Und in der Literatur jener Zeit findet man nur vereinzelt Bemerkungen wie die von Paul Tillich: „Politik ist eine komplexe Wissenschaft, sie vereinigt ein sozialtechnisches und ein normatives Element in sich⁵.“ Vielmehr drückte das Erbe einer relativistischen Wissenschaftstheorie dem Staatsdenken in der ersten deutschen Demokratie von Anfang an seinen unverkennbaren Stempel auf. Zutreffend kritisiert Hermann Brill rückblickend, daß es, wie „die Ereignisse genügend aufweisen, nicht zuviel, sondern zu wenig Theorie in Deutschland“ gegeben habe⁶.

Um ein bekanntes Wort von Hegel zu modifizieren, beginnt die moderne deutsche Politologie wie die Eule der Minerva ihren Flug in der Dämmerung der wertfreien Sozial- und Staatsrechtswissenschaft, deren Morgenrot mit der Ausmerzungen des Naturrechts anzusetzen ist. Will man das akzeptieren, dann arbeitet die Politologie in der Diktion von Carl Joachim Friedrich „mit der Hypothese, daß es in der Tat allgemeingültige Werte gibt“⁷.

Eine Studie über „Wertrelativismus und Wertbestimmtheit im Kampf um die Weimarer Demokratie“ kommt deshalb nicht daran vorbei, bis an die wissenschaftstheoretischen Wurzeln der Politologie vorzudringen.

Die zahlreichen während der Weimarer Republik erschienenen Schriften deutscher Staatsrechtslehrer nehmen in der politologischen Quellenliteratur einen nicht mehr zu übersehenden Platz ein. Diese Untersuchungen sind eine noch längst nicht ausgeschöpfte Fundgrube moderner Demokratieforschung. Franz L. Neumann hebt dazu hervor, es sei richtig, daß „die Staatsrechtswissenschaft der Weimarer Demokratie Leistungen aufzuweisen hat, wie vielleicht kein anderes Land der Welt“, aber, fährt er einschränkend fort, im Grunde habe das damalige Staatsrecht „sowohl das Problem der Demokratie als auch das Problem

⁴ Arnold *Bergsträsser*, Die Stellung der Politik unter den Wissenschaften, in: Politik in Wissenschaft und Bildung, Freiburger Studien zur Politik und Soziologie, 2. erw. Aufl., Freiburg 1966, S. 17 ff., 23 f.

⁵ Paul *Tillich*, Das System der Wissenschaften, Göttingen 1923, S. 114. — Es soll aber an die Gründung der „Deutschen Hochschule für Politik“ in Berlin im Jahre 1920 erinnert werden.

⁶ Hermann L. *Brill*, Die Problematik der modernen Staatstheorie, Schriftenreihe der Deutschen Hochschule für Politik, Berlin, 1950, S. 7.

⁷ Carl Joachim *Friedrich*, Die politische Wissenschaft, München 1961, S. 12.

der Staatswissenschaft verkannt“⁸. Im Anschluß an dieses Zitat soll versucht werden, den Gegenstand unserer Untersuchung in seinen Grundzügen abzustecken.

Der infolge des „Sonderweges“⁹ der deutschen Philosophie seit Kant aufgebrochene Gegensatz von Sein und Sollen hat nicht nur das „Schicksal deutschen Geistes“¹⁰ einem verhängnisvollen Relativismus überlassen und damit die Bahn für „die Zerstörung der Vernunft“¹¹ vorbereitet, sondern geradezu die irrationale Endlösung im „Mythos vom Dritten Reich“¹² gefördert. Dem Niedergang des Naturrechts und der alten deutschen Politiken folgte die Denaturierung der materiellen Rechtsstaatsidee zur rechtspositivistischen Methodenlehre. Diese Entwicklung entspricht dem Dualismus von Staat und Gesellschaft, von Politik und Ethik als dem symptomatischen Analogon deutscher Obrigkeitstheorie im 19. Jahrhundert. Die Weimarer Reichsverfassung war eine Spätgeburt dieser wissenschaftlichen Epoche formalistischen Denkens.

Es gehört zu den erregenden Ereignissen der neueren Wissenschafts- und Geistesgeschichte, wie sich innerhalb von kurzen vierzehn Jahren der gleiche Vorgang einer Ablösung des Rationalismus durch den Irrationalismus wie zur Zeit der Romantik als Gegensatz zwischen unüberbrückbaren Denkhaltungen vollzog, durch den die agnostische Verfassungsidee schließlich in das Getriebe eines weltanschaulichen Chaos gerät. Die junge Republik war in ihrer Konstitution zu schwach, um den entfesselten „lebensgefährlichen Krankheitserregern widerstehen zu können“¹³. Zutreffend nennt man den 30. Januar 1933 das „letzte Menetekel der positivistisch-formalistischen Staatsrechtslehre“ und ihrer hilflosen, selbstverschuldeten Ohnmacht¹⁴.

Die historischen Folgen der abermaligen Trennung Deutschlands vom „Wertsystem des politischen Humanismus westlicher Prägung“¹⁵ führten

⁸ Franz L. Neumann, Die Wissenschaft der Politik in der Demokratie, Schriftenreihe der Deutschen Hochschule für Politik Berlin, Heft 1, Berlin 1950, S. 7 unter Erwähnung von Carl Schmitt, Hermann Heller, Hans Kelsen, Gerhard Anschütz, Heinrich Triepel, Richard Thoma und Rudolf Smend, ganz „gleichgültig, wie man zu der Politik der verschiedenen Gelehrten steht“.

⁹ Formulierung von Hans Maier, Zur Lage der politischen Wissenschaft in Deutschland, in: VHZ Jg. 10 (1962), S. 225 ff., S. 242.

¹⁰ Helmuth Plessner, Das Schicksal deutschen Geistes im Ausgang seiner bürgerlichen Epoche, Zürich und Leipzig 1935.

¹¹ Georg Lukacs, Die Zerstörung der Vernunft, 2. Aufl., Neuwied - Berlin. 1962.

¹² Jean F. Neurohr, Der Mythos vom Dritten Reich, Stuttgart 1957.

¹³ Fraenkel, im Vorwort S. 8 zu seinen gesammelten Aufsätzen: Deutschland und die westlichen Demokratien, Stuttgart 1964 (1. Aufl.).

¹⁴ Kurt Sontheimer, Politische Wissenschaft und Staatsrechtslehre, Freiburg 1963, S. 8.

¹⁵ Plessner, Das Schicksal, S. 21.